

Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Peter Uebel

zum Haushalt 2025 am 09.12.2024

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

Wir beantragen mit einem Sonderförderprogramm in Höhe von 2 Mio € unsere Schulen in der Sozialarbeit zu unterstützen.

Wir beantragen den Kita- und Schulneubau, sowie die Unterhaltspflege an einen Generalunternehmer zu übergeben und in einem 5 Jahresplan alle anlastenden Baumaßnahmen abzuschließen.

Wir beantragen, mit einem Sofortprogramm die maroden Kinderspielplätze auf einen modernen Stand zu bringen.

Wir beantragen, die Eintrittspreise für Theater, Museum, Hallen- und Freibad um die Hälfte zu kürzen, sowie die Gebühren der Musikschule grundsätzlich zu erlassen.

Und wir beantragen, sämtliche Grünflächen der Stadt und den Stadtbaumbestand in eine Intensivpflege zu überführen.

So und mit vielen weiteren ähnlichen Forderungen, würde ich gerne eine Haushaltsrede beginnen können.

Es bleibt wohl aber ein unerfüllbarer Wunsch. Im kompletten Gegensatz dazu standen die Vorschläge der Oberbürgermeisterin in ihrer dramatischen Einsparliste.

Und irgendwo zwischen beiden Maximalaussagen, bewegen wir uns. Realpolitik sozusagen.

Beides unter einen Hut zu bekommen, Einsparen und trotzdem funktionieren. Die Pessimisten würden sagen, das klappt nicht. Dann bräuchte ich nicht weiterzureden.

Aber wir haben den Willen, zu gestalten: Es geht um die Entwicklung unserer Stadt. Um die bauliche, verkehrliche und gesellschaftliche Zukunft.

Die ursprünglich avisierte Neuverschuldung, mit 24 Mio €, kann nicht erreicht werden. Auch entgegen der Planung in der Entschuldungspartnerschaft des Landes (PEK). Auch die Planung des aktuellen Haushaltjahres 2024 mit einer Neuverschuldung von 27 Mi€ bleibt Makulatur. Der diesbezügliche Nachtragshaushalt hat zu einer Verschlechterung von 50 Mio € geführt.

Die Aussichten bleiben auf Grundlage der jetzigen Eckdaten alles andere als rosig. Die Kämmerei rechnet in den folgenden Jahren mit Jahresfehlbeträgen von 98, 102 und in 2029 dann 108Mio€.

Bereits bei der hälftigen Altschuldenübernahme durch das Land- wofür wir natürlich dankbar sind- haben wir davor gewarnt, dass ohne eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen, die jährlichen Defizite diese Schuldenübernahme sehr schnell wieder auffressen. Und wir kommen wieder in die Richtung einer bilanziellen Überschuldung.

Wir haben durch die Haushaltskonsolidierungskommission alle Dezernate durchleuchtet. 127 Sparvorschläge wurden diskutiert und 67 letztendlich zur Umsetzung vorgeschlagen.

Das hier erzielte Einsparvolumen ist jedoch bescheiden und liegt im mittleren einstelligen Millionenbereich.

Auch eine Verwaltungsreform, die jetzt vom Landesrechnungshof nochmals thematisiert wurde, muss kommen. Wir haben dies schon mehrfach eingefordert: Schlanker, schlagfertiger, digitaler, interkommunal. Nach unserem Dafürhalten kann eine grundlegende Verwaltungsreform nicht von innen kommen. Sie braucht einen externen Support. Und ja, ich weiß, ich habe hier schon viele Diskussionen mit Mitarbeitern unserer Verwaltung geführt. Und ich kann die Ängste und Vorbehalte verstehen. Aber, es geht doch nicht um Stellenabbau. Der wird von allein kommen, ob wir wollen oder nicht, da die demographische Entwicklung auch in den nächsten Jahren keine volle Stellenbesetzung hergeben wird.

Es geht darum, ein guter Dienstleister zu sein- auch in den hoheitlichen Aufgabenfeldern: Bürgerfreundlich, schnelle Termine, zügige Autozulassung, Führerscheinausgabe, Passverlängerung, Baugenehmigungen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es den Mitarbeitern sonderlich viel Spaß macht, immer den Unmut der Bürger bei zu langen Bearbeitungszeiten, abzubekommen.

Also geht es auch um gute Arbeitsplätze. Deshalb muss es Aufgabe des Stadtvorstandes sein, eine solche Verwaltungsreform anzugehen. Ziel muss sein, eine Win-Win-Situation für Mitarbeiter, Bürger und Kostenstruktur hinzubekommen. Wobei Kosteneinsparungen eher als Abschwächung einer Kostensteigerung zu sehen sind.

Kinder, Jugend und Familien

Lassen Sie mich auf wesentliche Eckpunkte unserer Haushaltsaufgaben eingehen:

Im Schul- und Kitabau sind wir weitergekommen. Ja. Etwas zumindest. Aber bei weitem nicht hinreichend. Angefangen von fehlenden Grundstücken über verzögerte Planungs- und Bauabläufe und fast regelhaft gestiegenen Baukosten. Es bleibt also alles beim Alten.

Hier wiederholen wir nochmals die Forderung, die auch von der SPD und anderen Parteien formuliert wurde. Wie können wir schneller werden, bringt uns die Ausgliederung in eine eigene Gesellschaft, wie die BPG, Vorteile oder wie können wir Prozesse beschleunigen und Kostenberechnungen zuverlässiger machen. Wir haben jetzt viele Gespräche hierzu geführt. Die Antwort der Verwaltung steht noch aus.

Wir fordern, dass die Verfahren der Kostenermittlung besser werden müssen. Immer nur mit Materialkostenerhöhung und -knappheit zu argumentieren, mag richtig sein, teilweise scheint dies aber mittlerweile Alibifunktion für alle Erhöhungen zu sein. Dies in der Annahme, der Bauausschuss genehmigt den Nachtrag ja eh. Das geht so nicht. Wir erwarten valide Kostenschätzungen. Und das, Herr Baudezernent geht mit Ihnen nach Hause. Addieren Sie mal die Nachtragserhöhungen, die im letzten Jahr zur Beschlussfassung anstanden. Nennen Sie mal diese Summe. Wir fordern passende, realistische Ansätze.

Aber nicht nur die bauliche Infrastruktur ist notwendig, sondern auch die Betreuung.

Erzieherinnen und Erzieher sind knapp. Es ist eine unglaubliche Belastung für Eltern, wenn es immer wieder zu Schließzeiten wegen Personalmangel kommt. Bei der Betreuung steht auch der Ausbau der Kindertagespflege, sprich die Arbeit der Tagesmütter weiter auf der Agenda und damit müssen wir uns auch politisch nochmals ernsthaft auseinandersetzen. Dazu bitte ich auch die Vertreter anderer Parteien, die hier bisher zurückhaltend waren.

In der Septembersitzung des Stadtrates haben wir zur Umsetzung des Ganztagesfördergesetzes eine Beschlussfassung für Baumaßnahmen auf den Weg gebracht. Rd. 3,4Mio € städtischer Anteil.

Gab es zuvor seitens des Bundes oder Landes einen Austausch mit den Kommunen? Nein.

Wie können wir den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 an Grundschulen umsetzen? Was brauchen wir an Umbauten, Schulmensen, Aufwertung der Betreuungsqualitäten und Aufwertung von Schulhöfen. Nein, kein Austausch. Die Kommunen waren wieder mal das Schlusslicht in dieser Entscheidungskette. Es geht nicht darum, die Sinnhaftigkeit einer Ganztagesbetreuung anzuzweifeln. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ja unzweifelhaft. Aber man muss doch gemeinsam mit den Leistungserbringern schauen, wie bekommen wir das hin.

Und hier muss ich nochmals die Ganztagschulen erwähnen: Nur 5 unserer 23 Grundschulen sind Ganztagschulen. Die Personalkosten des pädagogischen Personals trägt hier das Land zu 100%. Nicht aber bei der betreuenden Grundschule, da haben wir Kosten von zur Zeit fast 2 Mio €. Die Förderung von Inklusionskindern ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Für die Ganztagesförderung werden wir zukünftig rund 6,5Mio€ aufwenden müssen. Deshalb muss es uns gelingen, dass vielmehr unserer Grundschulen zu Ganztagschulen werden. Wir müssen mit den Schulen lösungsorientiert ins Gespräch zu kommen. Um den Vorbehalten in den Schulgemeinschaften zu begegnen, müssen Gelder aus Bildungsförderprogrammen eingesetzt werden, sowie weiteres Personal und Infrastruktur. Der pädagogische Gewinn

von Ganztagsbildung ist auch im Hinblick auf unsere Sozialstruktur sinnvoll. Ganztagsschulen sind weitaus mehr als eine Betreuung am Nachmittag. Das sollte dem Land nicht nur ein frommer Gedanke, sondern auch wert sein, finanzielle und personelle Unterstützung konsequent und dauerhaft zu leisten.

Natur erleben

Im Werksausschuss wurde eine Erhöhung der Eintrittspreise des Wildparks vorgeschlagen. Um die Kosten stemmen zu können, um 30% oder in einer 2. Variante um 17%. Wir haben nach intensiven Diskussionen, gemeinsam mit der SPD einen Änderungsantrag eingebracht, keine Erhöhung vorzunehmen. Der Wildpark ist eine der ganz wenigen Einrichtungen, die für die Breite der Menschen, vor allem für junge Familien unserer Stadt, zur Naherholung dient. Neben den naturpädagogischen Erlebnissen für Stadtkinder, teilweise die einzige Möglichkeit, Ziegen oder Hasen zu streicheln, Rehe oder Wildschweine zu sehen. Und im Wildpark sind oft Menschen, die knapp bei Kasse sind. Eine Familienkarte für 7,50 oder 10,50 pro Besuch muss ausreichen. Wir lehnen eine Erhöhung ab. Im Gegenteil muss die Attraktivität weiter gesteigert werden. Und ich weiß, dass Gabi Bindert mit ihrem Team da einiges bewegt. Danke hierfür. Genauso haben wir im letzten Jahr die Zuschüsse für Schul- und Kitaklassen zum Besuch des Hauses der Naturpädagogik um 40.000€ gekürzt. Folge war, dass anstatt 110 Buchungen von Kitas und Schulklassen diese auf rund die Hälfte zurückgegangen sind. Schulklassen waren es nur noch 5. Deshalb bringen wir ebenso eine Wiederaufnahme dieser Position als Änderungsantrag ein. Da liegt unsere gesellschaftliche Verantwortung. Analoges Erleben und Spielen draußen, statt indoor Spielen am Tablet.

Wohnen und Arbeiten

Ludwigshafen ist eine Industrie- und Wohnstadt. Auch hochwertige, komplexe Forschungs- und Produktionslinien sind bei uns beheimatet. Und das nicht nur bei den ganz großen oder großen Unternehmen der Stadt.

Es sind die mittelständischen Betriebe, die unsere Vielfalt ausmachen, die vieles in der Stadt voranbringen. Deshalb sind wir froh, dass der Mittelstandspark und Entwicklungsachse West vorangehen. Wir müssen Gewerbeflächen ausweisen. Wir brauchen einen Gewerbemix. Allein in der Abhängigkeit des wirtschaftlichen Erfolgs eines Unternehmens zu sein, ist keine gute und schon gar keine starke Position.

Deshalb haben wir auch keine Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert. Unsere Unternehmen kämpfen an vielen Fronten: Eine überbordende Administration, nicht konkurrenzfähige Energie- und Rohstoffpreise, hohe Arbeitskosten und Abnahme des Inlandsabsatzes. Alles Dinge, die wir wenig beeinflussen können. Der Konjunkturklimateindex

der IHK ist um 10 Punkte gesunken, liegt jetzt bei 79 Punkten. Fast alle Wirtschaftsbereiche sind betroffen. Aber was wir hier in unserer Stadt bieten können, muss eine ansprechende Infrastruktur sein. Deshalb muss auch zügig der Ausbau der Bayreuther Straße kommen. Müssen die beiden Hochstraßen weiter im Zeitfenster bleiben. Nebenbei großen Respekt allen Beteiligten der BPG und des Bauamtes für diese bisher sichtbare Arbeit.

Unsere Betriebe müssen sich darauf verlassen können, dass unser ÖPNV funktioniert. Vielfach macht er das nicht. Baustellen oder Personalmangel konterkarieren alle Bemühungen einer Verkehrswende. Deshalb sind gute und leistungsfähige Straßen notwendig. Und deshalb fordere ich auch dazu auf: Führt keine Scheindiskussion, „wir müssen die Autostraßen zurückbauen und auf den ÖPNV verweisen“ Das haut nicht hin, perspektivisch ja, aber doch nicht jetzt. Der Schienenersatzverkehr nach Mannheim spricht Bände. Schauen wir auf die Großbaustelle der B9: Wie sehr ist die Belastung in Friesenheim, Ruchheim und den nördlichen Stadtteilen? Wie fragil ist unser Straßennetz. Deshalb dürfen wir bei allen planerischen Überlegungen den ist-Zustand nicht ausblenden. Dazu gehören auch ausreichende Parkplätze, vor allem in der Innenstadt mit einem Parkraumkonzept, dass die Bedarfe abbildet. Wir hatten bereits mehrfach dies eingefordert, zuletzt vor einer Woche im Bauausschuss. Der Parkplatzsuchverkehr ist mittlerweile – auch aus ökologischer Sicht – eine immense Belastung.

Wir haben in den letzten Jahren einige, auch größere Bauflächen erschlossen. Die Heinrich-Pesch-Siedlung, das Halberg Gelände, Oggersheim West. Langsam gehen uns die Flächen aus und wir kommen an die Grenzen, wie eine Stadt weiterwachsen kann. „Im Kappes“ in Rheingönheim, wird eine der letzten größeren Flächen sein. Und auch hier ist uns wichtig, eine gleichmäßige Entwicklung umzusetzen. Kita, Schule, Nahversorgung, all das muss parallel laufen. Das sehen wir genauso wie die örtliche BI. Zum Kappes hatten wir als Stadtratsfraktion von Anfang an eine kompromissbereite Neuplanung gefordert. Das müssen wir jetzt gemeinsam mit Politik, Bürgern und BI umsetzen. Es ist eine sehr emotional geführte Debatte, ich weiß. Aber die baulichen Möglichkeiten für jungen Familien, das ist eine Riesenchance für Rheingönheim als attraktiver Wohnort. Das kann ein Vorzeigeprojekt werden. Mein Appell, lasst es uns gemeinsam machen. Das kann richtig gut werden.

Wir sind aber keine landwirtschaftlich geprägte Stadt, das ist der Rhein-Pfalz-Kreis. Wir müssen deshalb unsere Region im Verbund sehen. Ludwigshafen als Oberzentrum mit Arbeit und Wohnen und der Kreis als große Gemüseanbauregion.

Wohnen kann teuer sein. Rechtsrheinisch noch teurer. Aber dennoch ist vor allem ein Anstieg der warmen und kalten Nebenkosten für viele Menschen problematisch. Wie eng viele getaktet sind, sehen wir an den auf 10.177 angestiegenen Bedarfsgemeinschaften zu den Kosten der Unterkunft. Stand 10/24, mit 21001 Regelleistungsberechtigten. Mittlerweile macht dies 27,4 Mio €. Seit 2005 haben sich diese Kosten verdoppelt.

Deshalb müssen wir mit großer Verantwortung an die Neuberechnung der Grundsteuer B gehen. Dass es zu einer Neufestlegung kommt, ist gesetzlich vorgegeben. Die

Kostenneutralität im Gesamten, ist gesetzt. Allerdings hätte dies zu einer deutlichen Entlastung der Gewerbeimmobilien und teilweise genauso deutlichen Mehrbelastung privater Eigentümer und damit auch der Mieter geführt. Deshalb sind wir froh, dass die Landesregierung den Kommunen- zumindest nach der Gesetzesvorlage- die Freiheit gibt, die Hebesätze nachzujustieren. Auf ihre individuelle Situation anzupassen. Und wir werden das tun, sobald dann hoffentlich Rechtskraft besteht. Wir brauchen eine Angleichung der Steuerhöhe. Wir brauchen hier soziale Gerechtigkeit. Deshalb haben wir hier einen gemeinsamen Antrag mit der SPD eingebracht. Kritisch zu sehen, bleibt das verzögerte Handeln der Landesregierung. Das hätten wir alles schon früher haben können, nicht auf den letzten Drücker, so dass unsere Kämmerei im Laufe des Jahres neue, zweite Bescheide versenden muss. Aktuell müssen wir aber dem errechneten Hebesatz mit 817% zustimmen, um Einnahmengleichheit zu erreichen.

Saubere und sichere Stadt

„Wohnen“ hat auch was mit „Wohlfühlen“ zu tun. Würden wir unsere Bürger fragen, fühlen sie sich wohl in Ludwigshafen, was gefällt Ihnen nicht, dann würden einige antworten:

Die Stadt ist nicht sauber und es gibt Bereiche, da traue ich mich nicht mehr hin.

Das Thema Sicherheit und Sauberkeit haben wir keineswegs ausreichend beantwortet. Es gibt auch nicht die eine Antwort auf die Anforderungen.

Videoüberwachung, Aufklärungsarbeit, Müllsheriffs, Polizei- und KVD Streifen sind immer wieder Ansätze, die wir versuchen umzusetzen. Jeder von uns weiß aber auch, dass ein grundlegendes gesellschaftliches Umdenken notwendig wäre. Respektverlust, kulturelle Unterschiede und ein mangelndes Gefühl des guten Miteinanders sind keine guten Entwicklungen. Deshalb bleibt am Ende nur das Mittel einer konsequenten Bestrafung von Fehlverhalten. Anscheinend können nur Sanktionen funktionieren. Daneben brauchen wir weiter – und die Stellenmehrung im KVD ist da eine Grundlage- konsequente Bestreifungen schwieriger Areale. Sicherheit muss sichtbar sein. Dabei ist die gleiche Akribie nötig, die bei der Genehmigung von Umzügen oder Kerwen praktiziert wird.

Kultur, Ehrenamt und Vereine

Unsere Vereine und kulturelle Einrichtungen sind nicht nur eine Bereicherung der Sinne, sondern der Kit, der diese Stadt zusammenhält.

Deshalb müssen wir unsere Sport- und Kulturvereine weiter fördern, genauso wie die Sozialverbände und sozialen Einrichtungen, die Beratungsarbeit und Lebenshilfen organisieren. Das wir seit Jahren keine nennenswerte Erhöhung der Zuschüsse gewähren können, schmerzt. Damit ist deren gestiegener Unterhalts- und Personalkosten in keiner

Weise Rechnung getragen. Deshalb hier nochmal den unzähligen Amtlichen und Ehrenamtlichen in Sport, Kultur und sozialen Einrichtungen unser aufrichtiger Dank für diese unsagbar wichtige, gesamtgesellschaftliche Arbeit.

Unsere Kultureinrichtungen: Stadt- und Stadtteilbibliotheken, Theater, Museum, Musikschule, Bildungseinrichtungen, wie Bloch-Zentrum, Kulturbüro aber auch die Volkshochschule- sie gehören zu unserer Stadt. Wir legen heute ein klares Bekenntnis ab für die Einrichtungen- auch für die freien Träger, wie Kleinbühnen oder das Festival des deutschen Films. Ludwigshafen braucht Euch- wir sind stolz auf diese Kulturszene. Und wir werden nach Kräften versuchen, dies zu unterstützen. Kultur darf nicht Spielball finanzieller Sparrunden werden. Das werden wir so nicht zulassen.

Ausblick

Wir haben weiter keinen ausgeglichenen Haushalt. Die Verschuldung steigt. Wir haben unsere Aufgaben gemacht- die Last der weiter gestiegenen Ausgaben im Bereich „Jugend und Soziales“ können wir nicht ausreichend stemmen. Die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus. Wir schließen uns deshalb der Forderung der kommunalen Spitzenverbände an: Das Land muss sich an den ungedeckten Ausgaben für Soziales und Jugend mit originären Landesmitteln beteiligen- und zwar außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Und ich will keine Zahlenspiele hören, was jetzt alles gefördert wurde. Das interessiert nicht. Wichtig ist die Frage, kann die Stadt Ludwigshafen für die Menschen dieser Stadt ihre Aufgaben ausreichend erfüllen. Nein. Kann sie nicht. Die Landesregierung muss endlich die Bedarfe an der Lebenswirklichkeit orientieren. Wir sind es leid, immer nur Bittsteller zu sein. Wir sind eine großartige und auch lebenswerte Stadt. Wir beherbergen das größte Chemieunternehmen der Welt, bieten rund 100.000 Arbeitsplätze. Wir sind aber keine Almosenempfänger. Und dafür werden wir weiterkämpfen.

Im Übrigen stimmt die CDU-Fraktion dem vorgelegten Haushalt mit unseren Änderungsanträgen zu. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten der Verwaltung für die Erarbeitung. Wir wünschen uns weiter einen Zweijahreshaushalt, um die aufwendigen Haushaltsprozeduren nicht jährlich angehen zu müssen.

Vielen Dank.